

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 49 08.12.2017

forsa	Emnid	GMS	FG Wahlen	infratest dimap		
Wähleranteile:	Union z	wischen 34 % un	d 32 %, SPD zwisc	hen 23 % und 20 %	6	
Wirtschaft:	•	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen deutlich; langfristige Wirtschaftserwartungen weniger pessimistisch				
Weltpolitische Lag	Lage: Sorge um den Weltfrieden geht zurück Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen					
Wichtigstes Them	na: Koalitic	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung				
Anlage:	Zeitreih	ien				

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	GMS ²	FG Wahlen ³ für ZDF	infratest dimap ⁴ für ARD
CDU/CSU	34 (+1)	33 (-)	32 (+1)	32 (-1)	32 (+2)
SPD	20 (+1)	21 (-)	21 (-)	23 (+2)	21 (-)
FDP	8 (-2)	9 (-)	10 (-2)	8 (-2)	9 (-3)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-)	10 (-)	9 (-)	10 (+1)
B'90/Grüne	13 (+1)	11 (+1)	10 (+1)	12 (-)	11 (-)
AfD	10 (-1)	12 (-)	13 (-)	12 (+1)	13 (-)
Sonstige	6 (-)	4 (-1)	4 (-)	4 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	27.11-01.12.	30.1106.12.	28.1101.12.	0507.12.	0406.12.

Die Union liegt bei forsa 14 (-), bei Emnid 12 (-), bei GMS 11 (+1), bei infratest dimap 11 (+2) und bei FG Wahlen 9 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Grünen liegen bei forsa bei 13 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit August 2016.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Merkel	50 (-	1)
Schulz	19 ((-)
keinen von beiden	31 (+	1)
Erhebungszeitraum	27.1101.12.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (-1) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

91 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 55 % (+2) für Schulz und 21 % (-1) für Merkel entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (10.12.2017)

² im Vergleich zur KW 42

³ im Vergleich zur KW 46

⁴ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 45

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	28 (-1)	
SPD	8 (+1)	
sonstige Parteien	12 (-1)	
keine Partei	52 (+1)	
Erhebungszeitraum	27.1101.12.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

52 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

69 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 40 % (+1) von ihrer Partei.

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	40 (-2)	
eher abwärts	11 (+1)	
nicht so viel anders	46 (+1)	
Erhebungszeitraum	0507.12.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 46 leicht verschlechtert.

Anhänger der Grünen (50 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (25 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	27 (+:	1)
schlechter	30 (-:	2)
unverändert	41 (+	1)
Erhebungszeitraum	27.1101.12	2.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt nur noch um 3 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

, ,		
	forsa ^{für} BPA	
sehr große	12 (-)	
große	45 (-4)	
wenig	34 (+3)	
keine	9 (+1)	
Erhebungszeitraum	27.1101.12.	

Anhänger der SPD (63 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (65 % zu 48 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (62 % zu 43 %).

Geringverdiener (49 %) und Anhänger der AfD (54 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	fors für BF	
Asien, Nordkorea	28	(-)
USA	14	(-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9	(+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	8	(+1)
Naher Osten, arabische Länder	7	(-1)
Syrien	5	(-1)
Russland	5	(+1)
Erhebungszeitraum	27.110)1.12.

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Grünen (36 %), der Union und der FDP (jew. 33 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA	
sollte mehr Verant-	36	(-)
wortung übernehmen	30	
sollte weniger Verant-	9	(+1)
wortung übernehmen	J	(+1)
Deutschland tut	53	(,1)
bereits genug	55	(+1)
Erhebungszeitraum	27.1101	12.

Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Grünen (59 %) und der Linkspartei (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche (16 %) und Anhänger der AfD (19 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (59 %) und Anhänger der Union (63 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland <u>bereitsgenug</u> tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA	
nimmt zu viel		
Rücksicht auf andere	34	(-)
EU-Mitgliedstaaten		
nimmt zu wenig		
Rücksicht auf andere	17	(-)
EU-Mitgliedstaaten		
verhält sich alles in allem	<i>1</i> E	(1)
genau richtig	45	(-1)
Erhebungszeitraum	27.1101.	12.

Ostdeutsche (43 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der AfD (62 %) und der FDP (43 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland <u>zu viel Rücksicht</u> auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (33 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (50 %) sowie Anhänger der Union (60 %) und der Grünen (50 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim ^{für B}	ар
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	36	(-18)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	15	(+5)
US-Präsidentschaft Donald Trump	8	(+7)
Diskussion um Glyphosat, Alleingang Landwirtschaftsminister Schmidt	5	(-6)
Erhebungszeitraum	0406	5.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen über 65-Jährige (44 %) und 35- bis 49-Jährige (41 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (49 % zu 30 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (41 % zu 29 %). Unter 35-Jährige (27 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit. Die Anhänger aller Parteien außer der AfD nennen die Koalitionsverhandlungen bzw. die Regierungsbildung überdurchschnittlich häufig (SPD: 50 %, Grüne: 43 %, FDP: 41 %, Union: 40 %, Linkspartei: 39 %, AfD: 23 %).

Anhänger der AfD (37 %) und der Union (21 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/ Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Unter 35-Jährige (10 %) und Anhänger der Linkspartei (6 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.





































